



Odenwald-Tauber-Ticker

+++ Mosbach: Arbeiten am Geschichtslehrpfad "Goldfisch" +++ Edelfin

» mehr

Hauptsatzung geändert: Gemeinderat beschließt die Wiedereinführung der Unechten Teilortswahl

Nach zehn Minuten war dann alles vorbei

Walldürn. Nach knapp zehn Minuten war am Montag bei der Sitzung des Gemeinderates im "Schlachthof" ein Thema beendet, das zuvor monatelang für viele Diskussionen gesorgt hatte. Die Unechte Teilortswahl stand auf der Tagesordnung. Nach dem Ausgang des Bürgerentscheids vom 21. März stand am Montag nun die Änderung der Hauptsatzung auf der Tagesordnung des Rates. Einstimmig votierte der Rat für die Wiedereinführung der Unechten Teilortswahl.

Nach einer kurzen Einführung von Bürgermeister Markus Günther gab Hauptamtsleiter Helmut Hotzy den Räten und den Zuhörern einige Informationen an die Hand. "Heute wird der Schlusstrich unter dieses Kapitel gezogen", sagte Hotzy. Der Bürgerentscheid habe die Wirkung eines Gemeinderatsbeschlusses, der Rat habe diesen nun zu vollziehen.

"Sehr enttäuscht"

Herbert Kilian (SPD) sagte, der Ausgang des Bürgerentscheids "hat uns sehr enttäuscht, nicht nur wegen der Aufhebung, sondern auch und ganz besonders wegen der Art und Weise, wie dieser Bürgerentscheid abgelaufen ist". Kilian sprach von persönlichen Verunglimpfungen - Verräter, heimtückisch, hinterhältig - über "amateurjuristische" Aussagen und dem Versuch der Diffamierung bei dem vorgesetzten Rektor bis zum Vorwurf eines undemokratischen Verhaltens. Damit sei versucht worden, und es ist wohl auch gelungen, bei den Bürgerinnen und Bürgern eine Stimmabgabe für die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses herbeizuführen.

"Auch die Nutzung der offiziellen Homepage von Walldürn/Ortsteil Altheim für Werbezwecke gegen die Abschaffung der unechten Teilortswahl halten wir für höchst bedenklich und verstößt unseres Erachtens gegen das Neutralitätsgebot der Verwaltung. Deshalb wurde diese Seite auch zu Recht gesperrt", so Kilian weiter.

Er frage sich, ob man Vorschläge als demokratisch einstufen soll, die fordern, dass bei Wahlen nur noch drei Parteien zugelassen werden sollen, weil fünf Parteien zu viel seien. "Oder wie soll man eine Vorgehensweise beurteilen, bei der Verfechter des Bürgerentscheids von Haus zu Haus gehen und Wahlbriefe einsammeln wollen, um sie geschlossen beim Wahlvorstand abzugeben, was in meinen Augen den Versuch darstellt, die Wähler in entsprechender Weise zu manipulieren."

Ergebnis akzeptiert

Ein weiterer Vorwurf war, man hätte mit dem Antrag einen Keil zwischen die Ortsteile und die Kernstadt getrieben. "Auch hiergegen verwehren wir uns ganz entschieden. Wir waren der Meinung, dass nach 35 Jahren Eingliederungsgesetz die Ortsteile und die Kernstadt zusammengewachsen wären, was auch dadurch dokumentiert wird, dass die Ortsteile von ihrer Eingliederung nur profitiert haben. Denn in den Ortsteilen wurden Maßnahmen realisiert, die nur schwer, wenn überhaupt, von ihnen hätten gestemmt werden können, wären sie eigenständig geblieben. Trotz aller dieser Einwände akzeptieren wir das Ergebnis des Bürgerentscheids und werden der Änderung der Hauptsatzung zustimmen."

Frage nach den Kosten

Martin Meidel (CDU) wollte wissen, welche Kosten diese Wahl verursacht habe. Das waren rund 10 500 Euro, sagte Helmut Hotzy. Nicht eingerechnet sei bei dieser Summe der Personalaufwand.

Bernd Müller (CDU) erinnerte daran, dass nicht nur die Ortsteile von der Eingliederung profitiert haben, sondern auch die Kernstadt. Etwa wenn es um Fördersummen gehe, die an die Einwohnerzahlen einer Stadt gekoppelt sind.

Die Abstimmung ging dann vollkommen problemlos über die Bühne. Die Unechte Teilortswahl wird wieder eingeführt, so letztlich der einstimmige Beschluss des Gemeinderates. mar

Fränkische Nachrichten
28. April 2010

Adresse der Seite: <http://www.fnweb.de/service/archiv/artikel/687463690.html>